

578983-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – BLB NRW (NL Köln)/ Justizzentrum Köln, Leistungen der Qualitätskontrolle der Architektur

OJ S 169/2025 04/09/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: BLB NRW (NL Köln)/ Justizzentrum Köln, Leistungen der Qualitätskontrolle der Architektur

Beschreibung: Leistungen der Qualitätskontrolle der Objektplanung Gebäude, Leistungsstufen 1 bis 5.

Kennung des Verfahrens: eeab8f62-9aa5-4c2b-83a7-857b42a66d7e

Interne Kennung: 025-25-00519

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Justizzentrum Köln, Luxemburger Straße 101

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50939

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXS7YYXYTAEQWMPV Der Auftraggeber führt ein zweistufiges Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV durch. Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium: - 1. Honorar/Preis 30 % 2. Leistung 70 % 2.1 Qualifikation und Erfahrung des angebotenen Projektteams: Projektleiter; Qualifikation und Erfahrung des angebotenen Projektteams: stellvertretender Projektleiter 2.2

Projektorganisationskonzept 2.3 Konzept zur

Leistungserbringung***** 1. Das Vergabeverfahren

wird über den Vergabemarktplatz NRW (VMP NRW) abgewickelt. Unternehmen erhalten bei der Registrierung auf dem VMP NRW einen individuellen Unternehmensaccount. Der Austausch zwischen der Vergabestelle und dem Unternehmen erfolgt elektronisch über diesen Account und den für dieses Vergabeverfahren angelegten Projektraum im Modul "Kommunikation". Nur das Unternehmen hat Zugriff auf die über den Unternehmensaccount im Modul "Kommunikation" des Projektraums eingegangenen und ausgehenden Nachrichten. Dem Unternehmen werden hierüber auch rechtserhebliche Erklärungen im Vergabeverfahren zugestellt. Informationen und Hilfestellungen zum VMP NRW sowie Anleitungen zum Bietertool für die Angebotsabgabe finden Sie auf der Internetseite des Betreibers cosinex GmbH unter folgendem Link: <https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pagelId=28115008> ----- 2. Die geforderten Erklärungen sind mit den geforderten Nachweisen gemäß § 53 VgV ausschließlich elektronisch in Textform über die Angebotsfunktion der Vergabepattform zu übersenden. Das Angebot muss dort bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote eingegangen sein. Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen. Bei fremdsprachigen Unterlagen sind beglaubigte Übersetzungen in die deutsche Sprache beizufügen. ----- 3. Die Kommunikation in diesem Verfahren ist ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform zulässig. Kommunikation über andere Medien ist nicht zulässig und wird - aus Gründen der Verfahrensfairness - nicht beantwortet. Bieterfragen sind bis zum angegebenen Termin vor der Abgabefrist zu stellen. Spätere Fragen sind zwar nicht ausgeschlossen, Bieter haben jedoch keinen Anspruch darauf, dass solche Fragen noch vor Ablauf der Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrags beantwortet werden. ----- 4. Wird der Auftrag einer Bieter- bzw. Bewerbergemeinschaft erteilt, so ist diese in eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter zu überführen. ----- 5. Der Bieter muss einen Unterauftragnehmer, der ein entsprechendes Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, nach schriftlicher Anforderung ersetzen. ----- 6. Der Auftraggeber behält sich vor, - sofern gesetzlich zulässig - fehlende Erklärungen oder Nachweise nachzufordern und/oder die Eigenerklärungen durch die Vorlage von geeigneten Nachweisen zu überprüfen. Hierzu sind nach Anforderung der Vergabestelle die angeforderten Unterlagen innerhalb einer von der Vergabestelle vorzugebenden Frist vorzulegen. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Nachforderungen zu stellen. ----- 7. Bei der Auftragsbearbeitung sind für die Verarbeitung personenbezogener Daten die Bestimmungen zum Datenschutz, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten. ----- 8. Die Vorgaben des TVgG NRW zu den Bereichen Mindestlohn und Tariftreue, sind zwingend zu berücksichtigende Ausführungsbedingungen i. S. v. §§ 128 Abs. 2 i. V. m. 129 GWB. Die besonderen Vertragsbedingungen werden Bestandteil des Vertrages. ----- 9. Hingewiesen wird auf die Korruptionspräventionen, denen sich der BLB NRW unterworfen hat; diese finden sich unter: http://www.blb.nrw.de/BLB_Hauptauftritt/Compliance/. Einem rechtskonformen Handeln unterwirft sich auch der Bieter/ Auftragnehmer. ----- 10. Hinweis - Auszug aus dem Wettbewerbsregister. Der BLB NRW ist als öffentlicher Auftraggeber gesetzlich verpflichtet, ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR netto über den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erfolgen soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Wettbewerbsregistergesetzes einzuholen. Für die Abfrage beim Bundesamt für Justiz werden bestimmte Daten benötigt, die dem BLB NRW teilweise nicht vorliegen und daher abgefragt werden müssen. Die Einholung einer Auskunft aus dem Wettbewerbsregister erfolgt nur im Hinblick auf den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erfolgen soll oder sofern im Hinblick auf die Eigenerklärungen zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB Zweifel an deren Richtigkeit bestehen und diese Zweifel mit der entsprechenden Abfrage ausgeräumt werden können. Im Sinne des Datenschutzes ist die

Angabe der Daten entsprechend dem Formblatt mit dem Angebot nicht erforderlich. Die Angaben können jedoch freiwillig erfolgen. Ob die Angabe mitsamt dem Angebot erfolgt, hat keinen Einfluss auf die Bewertung des Angebots. Wenn Sie die Angabe bereits mit dem Angebot machen wollen, bitten wir zur Gewährleistung der Vollständigkeit der Daten, das Formblatt zu verwenden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: § 124 GWB - § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie sämtliche

Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: BLB NRW (NL Köln)/ Justizzentrum Köln, Leistungen der Qualitätskontrolle der Architektur

Beschreibung: Das Justizzentrum Köln ist mit rund 1.800 Bediensteten das größte Gerichtszentrum Nordrhein-Westfalens. Die bauliche Substanz der bestehenden Justizgebäude an der Luxemburger Straße 101 in Köln weist erhebliche Mängel auf, die den Weiterbetrieb auf absehbare Zeit unmöglich machen. Auch die technische Ausstattung ist mittlerweile veraltet und entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen an ein Justizgebäude und an den Klimaschutz. Die Anforderungen an das Kölner Justizzentrum haben sich in den letzten 40 Jahren stark verändert. Insbesondere ist durch eine höhere

Anzahl an Gerichtsverfahren ein deutlich größerer Flächenbedarf entstanden. Neben diesen Gründen erfordern auch die unbefriedigende städtebauliche Situation und die Planung zur Erweiterung des Inneren Grüngürtels Köln eine Neuordnung des Areals und einen Neubau des Gebäudekomplexes für das Landgericht Köln, das Amtsgericht Köln und die Staatsanwaltschaft Köln. Über den städtebaulichen Wettbewerb "Neubau Justizzentrum Köln", der Ende 2022 entschieden wurde, wurde bereits die städtebauliche Grundfigur geklärt. Ziel des hochbaulichfreiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs war es, auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes eine konkrete architektonische und freiraumplanerische Ausgestaltung über ca. 150.000 qm BGF (bzw. 42.000 qm Nutzfläche ohne NUF 7 und ohne Stellplatzflächen) darzustellen. Neben den hohen funktionalen, architektonischen und freiraumplanerischen Anforderungen sind bereits in der frühen Planungsphase, ausgehend von einem BNB-Standard "Silber", anspruchsvolle Zielvorgaben zum energieeffizienten und nachhaltigen Bauen zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll die Projektabwicklung unter Zuhilfenahme der BIM-Methode erfolgen. Das Projekt wird in mehreren Bauabschnitten ausgeführt. Auftragsgegenstand ist der erste Bauabschnitt (Baufeld Ost) und teilweise diverse Umfeldmaßnahmen. Der zweite Bauabschnitt (Baufeld West), Abbruch- und Interimsmaßnahmen gehören nicht zum Auftragsgegenstand. Aufgabe des Auftragnehmers ist die Qualitätssicherung/-kontrolle der Objektplanung Gebäude (Architektur) samt Objektplanung Freianlagen und der Einhaltung der zugehörigen Schnittstellen zum Brandschutzkonzept, zum Sicherheitskonzept, zum Energie-Design-Konzept, zum Barrierefreikonzept und zur BNB-Zertifizierung. Auf Grundlage der einschlägigen aktuellen Normen Gesetze, Richtlinien und der definierten Planungsziele (Nutzer- und Plan-Soll, BLB-Standards, etc.) ist die Planung vollumfänglich zu prüfen. Die vom Architekturbüro (inkl. Freianlagenplanung) zu erbringende Leistung richtet sich nach HOAI mit ergänzenden BIM-Elementen. Die Planung ist unter anderem auf Inhalt, Detailtiefe, Widerspruchsfreiheit, Einhaltung der definierten Planungsziele, Kollisionsfreiheit, vollständige Beschriftung und Vermaßung zu prüfen. Ziel dieser vollumfänglichen Prüfung und der anschließenden Überarbeitung durch die Objektplanung ist es, eine ausführungsbereite/ funktionstüchtige Planung zu erhalten und Risiken in der Ausführung (bspw. Nachtragsrisiko, zeitliche Verzögerungen etc.) zu vermeiden. Die nachfolgenden Kostengruppen sollen hierbei betrachtet werden: - KG 300 Bauwerk - KG 500 Außenanlagen Das Projekt wird nach der Building Information Modelling-Methode erstellt. Hierfür erfolgen die Planungsphasen kollaborativ an 3D-Modellen, die über eine Kollaborationsplattform zur Verfügung gestellt werden. Eine Qualitätssicherung kann somit auch anhand dieser Modelle erfolgen.
Interne Kennung: 025-25-00519

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Mit Auftragserteilung werden die Leistungsstufen 1 und 2 beauftragt. Der Abruf der weiteren Leistungsstufen erfolgt stufenweise zu einem späteren Zeitpunkt. Dem Auftragnehmer stehen keine Ansprüche auf Abruf weiterer Leistungsstufen zu.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Justizzentrum Köln, Luxemburger Straße 101

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50939

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 46 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Handels- oder Berufsregisterauszug (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Vorlage eines Handels- oder Berufsregisterauszug, nicht älter als sechs Monate (zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrages).

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Diese sind zwingend ins Deutsche zu übersetzen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärungen bezüglich des Bestehens oder des Abschlusses einer Berufs-/ Betriebshaftpflichtversicherung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Mindeststandard: Diese Versicherung muss folgende

Mindestdeckungssummen je Schadensereignis aufweisen: - Personenschäden: 1.000.000,00 Euro (je Schadensfall) - Vermögens-, Sach- und sonstige Schäden: 1.000.000,00 Euro (je Schadensfall) Die Deckungssummen müssen in jedem Versicherungsjahr bei natürlichen Personen zumindest zweifach / bei juristischen Personen zumindest dreifach zur Verfügung stehen.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zum Umsatz in den letzten drei Jahre (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Angabe des Umsatzes aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren Mindeststandard: Umsatz durchschnittlich mind.

1.000.000,00 EUR netto p.a..

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zum Umsatz für Leistungen, die mit der gegenständlichen Dienstleistung vergleichbar sind in den letzten drei Jahren (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Angabe des Umsatzes mit vergleichbaren Leistungen bezüglich der ausgeschriebenen Leistungsart aus den letzten drei

abgeschlossenen Geschäftsjahren; als vergleichbare Leistungen werden Leistungen aus dem

Bereich der Objektplanung Gebäude nach § 34 HOAI und/oder des Leistungsbildes Freianlagen nach § 39 HOAI angesehen. Mindeststandard: Umsatz durchschnittlich mind. 1.000.000,00 EUR netto p.a..

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zur Unternehmensgröße und -struktur (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Mindeststandard: fünf (5) Mitarbeiter mit Studienabschluss der Fachrichtung Architektur mit mindestens fünf (5) Jahren Berufserfahrung im Bereich der Objektplanung Gebäude aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat mindestens drei Referenzen aus dem Bereich der Fachplanerleistungen "Objektplanung" nachzuweisen, die die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen: mindestens zwei Referenzen aus dem Bereich der Objektplanung Gebäude: - Objektplanung Gebäude für vergleichbare Objekte. Zu den vergleichbaren Objekten zählen insbesondere: Parlaments- oder Gerichtsgebäude, Botschaftsgebäude, sonstige Regierungsgebäude, Infrastrukturprojekte (z. B. Flughäfen), Justizvollzugsanstalten, Rechenzentren, Büro- und Verwaltungsgebäude mit hohem Publikumsverkehr, - Leistungsbeginn ab dem 01.01.2015 - Projektvolumen der Kostengruppe 300 von mind. EUR 30 Mio. (netto) nach DIN 276-1:2008-12 - Die Referenzen müssen mindestens die Objektplanung Gebäude in den Leistungsphasen 2 (Vorplanung) bis 3 (Entwurfsplanung) umfassen. mindestens eine Referenz aus dem Bereich der Objektplanung Freianlagen: - Objektplanung Freianlagen für vergleichbare Objekte. Zu den vergleichbaren Objekten zählen insbesondere: Parlaments- oder Gerichtsgebäude, Botschaftsgebäude, sonstige Regierungsgebäude, Infrastrukturprojekte (z. B. Flughäfen), Justizvollzugsanstalten, Rechenzentren, Büro- und Verwaltungsgebäude mit hohem Publikumsverkehr, - Leistungsbeginn ab dem 01.01.2015 - Projektvolumen der Kostengruppe 500 (ohne KG 550) von mind. EUR 0,5 Mio. (netto) nach DIN 276-1:2008-12 - Die Referenzen müssen mindestens die Objektplanung Freianlagen in den Leistungsphasen 2 (Vorplanung) bis 3 (Entwurfsplanung) umfassen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Angaben sind einzureichen mittels "VG-Nr. 2 Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen inkl. Eignungskriterien" und nur auszufüllen, soweit eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gebildet wird.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Die Erklärung ist einzureichen mittels "VG-Nr. 2 Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen inkl. Eignungskriterien", und ist auszufüllen von benannten Dritten/Nachunternehmen, gleich ob mit oder ohne Eignungsleihe.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Angaben sind einzureichen mittels "VG-Nr. 2 Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen inkl. Eignungskriterien" und nur auszufüllen, und nur auszufüllen, soweit Unterauftragnehmer zur Leistungserbringung vorgesehen sind.

der erfolgreiche Abschluss der Leistungsphasen 2 bis 3 - in drei Referenzen: 5 Punkte - in zwei Referenzen: 3 Punkte - in einer Referenz: 1 Punkte - in keiner Referenz: 0 Punkte
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 875,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/09/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://evergabe.blb.nrw.de/Vergabe/notice/CXS7YYXYTAEQWMPV/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://evergabe.blb.nrw.de/Vergabe/notice/CXS7YYXYTAEQWMPV>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 14/11/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://evergabe.blb.nrw.de/Vergabe/notice/CXS7YYXYTAEQWMPV>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/10/2025 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Teilnahmeanträge und Angebote müssen vollständig sein. Unvollständige Teilnahmeanträge oder Angebote können ausgeschlossen werden. Der AG weist des Weiteren darauf hin, dass er sich das Recht vorbehält, Aufklärungen nach § 15 Abs. 5 VgV sowie Nachforderungen bezüglich fehlender, fehlerhafter oder unvollständiger leistungsbezogener und unternehmensbezogener Unterlagen, die nicht die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, nach § 56 Abs. 2 VgV vorzunehmen. Die Bieter haben ausdrücklich kein Recht auf die Durchführung einer Aufklärung oder Nachforderung im oben genannten Sinne. Die Vergabestelle wird die vergaberechtlichen Grundsätze - insbesondere Gleichbehandlung und Transparenz - stets angemessen berücksichtigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): (Einzureichen mittels "VG-Nr. 2 Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen inkl. Eignungskriterien") - Eigenerklärung zur VERORDNUNG (EU) 2022/576 DES RATES vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren (Art. 5k EU-VO Nr. 833/2014) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): (Einzureichen mittels "VG-Nr. 2 Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen inkl. Eignungskriterien") - Eigenerklärung zu § 22 des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz - LkSG) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): (Einzureichen mittels "VG-Nr. 2 Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen inkl. Eignungskriterien")
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland, c/o Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Entsprechend der Regelungen in § 160 Abs. 3 GWB. Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer ist unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb von zehn Kalendertagen nach Absendung der Information per Fax oder auf elektronischem Wege bzw. 15 Kalendertagen nach einer Versendung mit anderen Kommunikationsmitteln gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW - Justizariat

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Köln

Registrierungsnummer: 05111-32003-71

Postanschrift: Domstr. 55-73

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50668

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkauf und Vertragsmanagement

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 0

Internetadresse: <http://www.blb.nrw.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW - Justizariat

Registrierungsnummer: t:0211617000

Postanschrift: Mercedesstr. 12

Stadt: Düsseldorf

Postleitzahl: 40470

Land, Gliederung (NUTS): Düsseldorf, Kreisfreie Stadt (DEA11)

Land: Deutschland

Kontaktperson: BLBVergabe@blb.nrw.de

E-Mail: BLBVergabe@blb.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 21161700174

Internetadresse: <http://www.blb.nrw.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland, c/o Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: t:02211473055

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 0

Fax: +49 221-1472889

Internetadresse: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/vergabekammer/

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9b7aa183-c81b-4d29-aa47-226c12468833 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/09/2025 13:42:11 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 578983-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 169/2025

Datum der Veröffentlichung: 04/09/2025